

575/A(E) XXIII. GP

Eingebracht am 30.01.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Gemäß § 26 GOG-NR

der Abgeordneten Ing. Hofer
und weiterer Abgeordneter
betreffend Gründung einer europäischen Agentur für erneuerbare Energie

Die deutschen Windkraftwerke lieferten im Jahr 2007 38,5 Milliarden Kilowattstunden Strom. Der enorme Zubau von Windkraftanlagen und die passenden Wetterverhältnisse führten zu einer Steigerung der Windstromeinspeisungen um 27,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2006. Angesichts dieser beeindruckenden Zahlen ist es mehr als sinnvoll, den Einsatz von Windkraft und anderen erneuerbaren Energiequellen in Österreich zu forcieren. Es ist höchst an der Zeit, einen umweit- und heimatfreundlicheren energiepolitischen Kurs einzuschlagen.

Die Windstromproduktion in der Bundesrepublik ist seit dem Jahr 2001 um 260 Prozent angestiegen. Durch den Zuwachs des vergangenen Jahres konnte der Ausfall von vier Atomreaktoren mehr als ausgeglichen werden. Das beweist, dass erneuerbare Energie eine gute Antwort auf die Ressourcenknappheit bei fossilen und atomaren Energieträgern ist. Sie ist außerdem auch die einzige.

Damit Europa seine eigene Unabhängigkeit von Energielieferungen erreichen kann, soll eine europäische Agentur für Erneuerbare Energie ins Leben gerufen werden. Derzeit fördert der österreichische Steuerzahler die europäische Atomindustrie mit 40 Millionen Euro im Jahr. Dieses Geld könnte durch eine europäische Agentur für erneuerbare Energie viel sinnvoller für Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien eingesetzt werden, zumal die Vorräte an anreicherbarem Uran in wenigen Jahrzehnten zur Neige gehen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Gründung einer europäischen Agentur für erneuerbare Energie einzusetzen.“

Informeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss vorgeschlagen.